

Übersichten

Juli 2003

Außenpolitik

1 Nordkorea-Krise: Vermittelt China nun aktiver in Richtung multilateraler Gespräche?

Anfang Juli blockierten Russland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen US-amerikanischen Vorschlag zur Verurteilung der Demokratischen Volksrepublik Korea aufgrund von Verletzung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Käme es zu einer solchen Stellungnahme, wäre dies ein erster Schritt in Richtung möglicher Sanktionen gegen Nordkorea. Auch machte Pyonyang erst kürzlich wieder deutlich, dass es eine Diskussion des Nuklearwaffenprogramms im Sicherheitsrat als einen „Auftakt für Krieg“ deute. Derartige Entwicklungen wären keinesfalls im Interesse Moskaus oder Beijings. Beide Regierungen drängen nach wie vor auf eine diplomatische Lösung des sich zuspitzenden Konflikts. Dies bedeutet jedoch auch, dass der Druck für die chinesische Regierung wächst, ihren Einfluss in Nordkorea stärker für die Vermittlung der mittlerweile von vielen Staaten gefor-

dernten multilateralen Gespräche mit Nordkorea geltend zu machen.

Erst Ende Juni hatte auch die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bei ihrem Besuch in Beijing zunächst voller Lob den von der chinesischen Regierung begonnenen „aktiven Dialog“ mit Nordkorea anerkannt und im Anschluss vorgeschlagen, auch die anderen Länder der Region in die Gespräche einzubinden. Eine tatsächlich aktivere Vermittlerrolle Chinas deutete sich schließlich nach einem Gespräch von Staatspräsident Hu Jintao mit seinem neuen südkoreanischen Amtskollegen Roh Moo-hyun am 7. Juli in Beijing an.

Vor seinem ersten Staatsbesuch in der Volksrepublik China war Roh bereits zu Gipfeltreffen über die Nuklearkrise in die USA und nach Japan gereist. Ein Gespräch mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin ist für den nächsten Monat angesetzt. Auch in dem über zweistündigen Gespräch mit Staatspräsident Hu Jintao zu Beginn seines viertägigen Besuchs stand der Konflikt um das vermeintliche Nuklearwaffenprogramm Nordkoreas ganz oben auf der Agenda. Aufgrund der heiklen Situation Beijings, welches seine Beziehungen zu dem ehemaligen Alliierten aus dem Kalten Krieg möglichst erhalten und für eine Einflussnahme im Konflikt nutzbar machen will, gestaltete sich die Formulierung konkreter Ergebnisse des Gesprächs jedoch schwierig.

Beide Seiten bekräftigten zunächst ihre gemeinsame Haltung in Bezug auf eine friedliche und diplomatische Lösung des Konflikts sowie ihr starkes Interesse an einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel. Letzteres ist für beide Staaten auch insofern von geostrategischer Bedeutung, da im Falle einer nuklearen Bewaffnung Nordkoreas eine beschleunigte, möglicherweise auch nukleare, Aufrüstung Japans befürchtet wird. Die beiden Präsidenten zeigten zudem Anerkennung für die konstruktive Rolle, die die jeweils andere Seite bisher bei der Lösung der Nuklearkrise gespielt habe; China durch seine Vermittlung der ersten Gespräche zwischen Nordkorea und den USA in Beijing im April und Südkorea durch seine Politik der Kooperation und Versöhnung mit dem Norden. Roh Moo-hyun versicherte noch-

mals, Nordkorea unabhängig von politischen Themen auch weiterhin humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Unklar blieb die umstrittene Frage des angestrebten Formats weiterer Gespräche mit Nordkorea. Die in einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Gipfel vorgetragene scheinbare Einstimmigkeit beider Präsidenten, sie wollten den direkten Dialog zwischen den „betroffenen Parteien“ fördern, führte zu Verwirrungen und Kontroversen in den südkoreanischen Medien.

In einer Presseerklärung des südkoreanischen Präsidialamtes hatte es vor dem Gipfeltreffen geheißt, dass die beiden Länder in der Notwendigkeit multilateraler Gespräche übereinstimmen. Dies wurde durch eine spätere Erklärung mit der Anmerkung revidiert, man habe zuvor „hoffnungsvolle Erwartungen“ formuliert. In der südkoreanischen Presse entspann sich daraufhin eine Kontroverse, ob die Äußerung Rohs auf der Pressekonferenz eine Veränderung der bisherigen Position Südkoreas bedeute, da der Ausdruck „betroffene Parteien“ auch von Nordkorea benutzt werde, im Zusammenhang mit seiner Forderung nur mit den USA verhandeln zu wollen. Der Präsident selbst wehrte dies ab. Seine Propagierung eines Dialogs zwischen den „direkt betroffenen Parteien“ sei ein Verweis auf multilaterale Gespräche gewesen. Er habe die südkoreanische Position seinem chinesischen Amtskollegen im Gespräch deutlich gemacht, aufgrund der bekannten Schwierigkeiten der chinesischen Seite mit dieser Frage jedoch keine Übereinstimmung gefordert.

Die genaue Formulierung der Gesprächsergebnisse in Bezug auf die Nordkorea-Krise war nach Informationen der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap auch einer der Punkte, die im Gespräch strittig geblieben waren und in der Folge zu einer verzögerten Veröffentlichung der Gemeinsamen Erklärung beider Länder führte. Andere delikate Themen seien die Definition Taiwans und die mögliche Erlaubnis Südkoreas eines Besuchs des Dalai Lama in Seoul gewesen. Erst nach weiteren Gesprächen, unter anderem zwischen den Außenministern beider Länder, konnte die Erklärung am 8. Juli verabschiedet werden.

Sie enthält über die Hoffnung beider Länder hinaus, dass der in Beijing begonnene Prozess der Gespräche mit Nordkorea fortgesetzt werde, keinen weiteren Verweis auf die mögliche Form solcher Gespräche. Taiwan wird in der Erklärung von Südkorea als ein Teil Chinas anerkannt und auch die südkoreanische „Ein-China-Politik“ wird bekräftigt. Nicht enthalten ist jedoch der nach südkoreanischen Agenturangaben vom chinesischen Außenminister Li Zhaoxing geforderte Verweis, dass es sich bei der Taiwan-Frage um eine „interne Angelegenheit“ Chinas handele. Nachdem der ehemalige südkoreanische Präsident Kim Dae-jung erst 1998 bei seinem Staatsbesuch in der chinesischen Hauptstadt dem Alleinvertretungsanspruch der Volksrepublik China offiziell zugestimmt hatte, schienen sich weder Roh Moo-hyun noch Außenminister Yoon Young-kwan auf eine schärfere Formulierung einlassen zu wollen.

Es wurde nicht bekannt, wie Yoon die Forderung seines chinesischen Amtskollegen beantwortete, einen Besuch des Dalai Lama weiter zu verbieten. In der Gemeinsamen Erklärung findet diese Frage keine Erwähnung. Unklar blieb auf der anderen Seite auch die Reaktion Li Zhaoxings auf die Anfrage nach der Freilassung eines südkoreanischen Fotojournalisten, der im Januar für schuldig erklärt worden war, Nordkoreanern bei der Flucht geholfen zu haben, und seither eine zweijährige Haftstrafe in China absitzt.

Trotz der verbleibenden Unklarheiten und Streitpunkte bewerteten die beiden Präsidenten ihr erstes Zusammentreffen gegenüber Journalisten als „äußerst zufrieden stellend“ und „sehr fruchtbar“. Dies dürfte nicht unwesentlich mit der geplanten Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zusammenhängen. Dieser war auch der weitaus größere Teil des Besuchs Roh Moo-hyuns gewidmet, der neben einigen Ministern auch von einer großen Delegation von Geschäftsleuten begleitet war. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor elf Jahren ist das bilaterale Handelsvolumen von 5 Mrd. auf 44 Mrd. USD angewachsen. Die beiden Präsidenten verständigten sich in ihrem Gespräch darauf, dass die diesjährige Wachstumsrate von rund 20% erhalten bleiben und der bilaterale Handel

in den nächsten fünf Jahren ein Volumen von 100 Mrd. USD erreichen soll. Zur Unterstützung dieses Vorhabens wurden im Anschluss an das Gespräch drei Kooperationsverträge abgeschlossen: ein Vertrag zwischen beiden Ländern über rechtliche Unterstützung in zivilen und kommerziellen Angelegenheiten, eine Kooperationsvereinbarung über Standardisierungs- und Qualifikationsprüfungen sowie eine Absichtserklärung zwischen den Ingenieurakademien beider Länder über eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik. Des Weiteren wurde die Errichtung eines südkoreanischen Generalkonsulats in Chengdu beschlossen.

Wie nach der Aufregung um die kontroversen Äußerungen Rohs in Bezug auf das Format künftiger Gespräche mit Nordkorea bereits zu erwarten gewesen war, hagelte es in Südkorea Kritik bei der Ankunft des Präsidenten. Sein erster Besuch in China war mit hohen Erwartungen verknüpft gewesen, die nicht erfüllt werden konnten. Die südkoreanische Presse warf ihm vor, ein „diplomatischer Anfänger“ zu sein. Er habe der chinesischen Führung erlaubt, ihm zugunsten des Handels die Frage des Umgangs mit Nordkorea aus der Hand zu nehmen.

Die internationale Presse interpretierte die Ergebnisse des Gipfeltreffens vorwiegend als möglichen Beginn eines stärkeren Engagements Chinas für multilaterale Gespräche. Dahingehend deuteten auch die Zeichen, die die chinesische Regierung im Anschluss an den südkoreanischen Besuch an die Internationale Gemeinschaft aussandte. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Kong Quan äußerte, China bleibe offen und flexibel, was die Teilnehmer und Formalitäten der Gespräche angehe. Es unterstütze zudem den Beitrag jeder Partei zur Beilegung der Nuklearkrise. Aus Diplomatenkreisen verlautete, die chinesische Regierung versuche nun, einen Kompromiss in Bezug auf das Format künftiger Gespräche durchzusetzen. Sie unterstütze grundsätzlich einen multilateralen Rahmen, innerhalb dessen dann bilaterale Treffen abgehalten werden sollten.

Die Vermutungen einer wieder aktiveren Vermittlerrolle Chinas wurden bereits wenige Tage später durch

die Entsendung des Stellvertretenden Außenministers Dai Bingguo nach Pyongyang untermauert. Dieser traf während seines viertägigen Besuchs mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-il zusammen und im Rahmen bilateraler Gespräche übergab er ihm eine Brief Hu Jintaos. Weder über den Verlauf der Gespräche noch über den Inhalt des Briefes wurde Näheres bekannt, aber vermutlich enthielt er eine Aufforderung, die „Beijinger Gespräche“ wieder aufzunehmen. Bisher hatte die chinesische Regierung die Entsendung eines Sonderbotschafters abgelehnt. Der Besuch Dai Bingguos datierte nur wenige Tage nachdem aus südkoreanischen Geheimdienstquellen bekannt geworden war, dass Nordkorea wahrscheinlich mit der Wiederaufbereitung von Brennstäben für die Produktion von Kernwaffen begonnen habe. (AFP, 30.6.03, nach BBC PF, 1.7.03; *Rossiyskaya Gazeta*, Moskau, 4.7.03, nach BBC PF, 5.7.03; Xinhua, 7.7.03, nach BBC PF, 9.7.03; Xinhua, 8.7.03, nach BBC PF, 10.7.03; Yonhap news agency, Seoul, 7.7.03, nach BBC PF, 8.7.03; Yonhap news agency, 8.7.03, nach BBC PF, 9.7.03, Yonhap news agency, 9.7.03, nach BBC PF, 10.7.03; SCMP, 11.7.03, nach BBC PF, 12.7.03; ST interactive, 12.7.03; IHT online, 15.7.03; FT, 15., 17.03) -emc-

2 Britischer Premierminister Blair zu Besuch in China

Eigentlich war der Besuch des britischen Premierministers Tony Blair in der Volksrepublik China für den April angesetzt gewesen. Wegen des Irak-Krieges und der SARS-Epidemie war er jedoch verschoben worden und fand nun vom 20. bis 23. Juli statt, einem Zeitraum, in dem sich Blair mit zunehmender Skepsis in der britischen Öffentlichkeit gegenüber seiner Irak-Politik und der sich ausbreitenden Kontroverse über den Tod des britischen Waffenspezialisten David Kelly einem wachsenden innenpolitischen Druck ausgesetzt sah. Demgegenüber war sein Aufenthalt in China von einer äußerst freundlichen Atmosphäre geprägt.

Bei seinen Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jia-

bao und dem ehemaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin lobten diese die äußerst positive Entwicklung der sino-britischen Beziehungen, insbesondere seit mit der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik 1997 eine neue Stufe der bilateralen Beziehungen eingeleitet worden sei. Beide Seiten verständigten sich darauf, die Kooperationen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet weiter zu intensivieren. Besonders in der derzeitigen komplexen und veränderlichen internationalen Situation, so Wen Jiabao, sei es notwendig und dringlich, dass die beiden Länder, die beide einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehaben, ihre Zusammenarbeit stärken, um den Weltfrieden zu erhalten und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Wen verdeutlichte seine Hoffnungen in Bezug auf die zukünftige Entwicklung der sino-britischen Beziehungen anhand von vier Punkten. So sollten der strategische Dialog und die Konsultationsmechanismen zwischen beiden Regierungen verbessert werden. Durch eine Ausweitung der Wirtschafts- und Handelskooperation solle kleinen und mittleren Unternehmen beider Länder die Zusammenarbeit erleichtert werden, die Entwicklung Zentral- und Westchinas durch britisch-finanzierte Unternehmen gefördert werden und das bilaterale Handelsvolumen einen Stand von 15 Mrd. USD im Vergleich zu den jetzigen 10 Mrd. USD in den nächsten drei bis fünf Jahren erreichen. Um die Verständigung und das Vertrauen zwischen den Menschen auf beiden Seiten zu stärken, solle die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Bildung vertieft werden. Abschließend hoffte er, dass die Unterschiede und Divergenzen zwischen beiden Ländern angemessen und durch Dialog beigelegt werden könnten. Auch Jiang Zemin legte besonderen Wert auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen beiden Seiten. Das große Potenzial der bilateralen Beziehungen könne nur auf der Basis von gegenseitigem Respekt und gleichberechtigter Behandlung weiter ausgeschöpft werden.

Einige der Differenzen zwischen China und Großbritannien waren zuletzt im Mai bei einer Rede Tony Blairs anläss-

lich einer Konferenz des China-Britain Business Council zutage getreten, in der er von China unter anderem politische Reformen gefordert hatte. (Vgl. C.a., 2003/05, Ü 6) Bei seinem jetzigen Besuch spielten aber weder Menschenrechtsfragen noch wirtschaftspolitische Sicherheiten eine Rolle. Vielmehr schien es Blair um den Ausbau eines vertrauenswürdigen Kooperationsverhältnisses zu Beijing zu gehen. Bei einer einstündigen Diskussion mit Studenten an der renommierten Qinghua-Universität soll er sogar zusammen mit seiner Frau einen Beatles-Song zum Besten gegeben haben.

Des Weiteren wurde auch der Konflikt um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm thematisiert. Es blieb jedoch bei einer gegenseitigen Versicherung, dass der Konflikt friedlich mit diplomatischen Mitteln gelöst werden sollte. Für einen tiefer gehenden Austausch über die Krise sei keine Zeit geblieben. (Xinhua, 21.7.03, nach BBC EF, 22.7.03; Xinhua, 22.7.03, nach BBC PF, 23.7.03; XNA, 21.7.03; Kyodo News Service, 21.7.03, nach BBC PF, 22.7.03) -emc-

3 Exiltibeter in Indien nach indisch-chinesischer Annäherung beunruhigt

Die in den internationalen Medien gerne als „historisch“ bezeichnete Annäherung zwischen den beiden asiatischen Giganten Indien und China im Rahmen des Staatsbesuchs des indischen Ministerpräsidenten Atal Behari Vajpayee Ende Juni (vgl. C.a., 2003/06, Ü 1) hat in der exiltibetischen Gemeinde in Indien für Unruhe gesorgt. Grund ist die Verunsicherung über eine mögliche Abkehr Indiens von seiner traditionellen Solidarität mit einem freien Tibet.

Wie bereits im letzten Monat berichtet, enthielt die während des Gipfeltreffens zwischen Vajpayee und seinem chinesischen Amtskollegen Wen Jiabao unterzeichnete erste Gemeinsame Erklärung zwischen den beiden Staaten, die den Rahmen für eine langfristige konstruktive und kooperative Partnerschaft bilden soll, auch erste Schritte zur Beilegung der langjährigen Grenzstreitigkeiten. Delhi erkannte erstmals die Autonome Region Tibet als Teil des Territoriums der

Volksrepublik China an und bekräftigte zudem, dass es Tibetern nicht die Teilnahme an anti-chinesischen Protesten in Indien erlaube. Für die folgende Verunsicherung und Aufregung in der exiltibetischen Gemeinde in Indien und in den indischen Medien waren nicht zuletzt auch die selbstgefälligen Reaktionen aus dem chinesischen Außenministerium und deren überschwängliche Verbreitung durch die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua verantwortlich. Nur wenige Stunden nach der Unterzeichnung hieß es dort in jubelnden Tönen, Indien habe Tibet nun endgültig als unveräußerlichen Teil Chinas anerkannt.

Ministerpräsident Vajpayee und indische Diplomaten versuchten sich in Schadensbegrenzung. In der Erklärung sei nur die seit 1954 unveränderte indische Position wiederholt worden, keine neuen Abmachungen seien akzeptiert worden. Zudem habe man die „tibetischen Freunde“ in Dharamsala vor und während der Verhandlungen konsultiert. Tatsächlich versicherte der Dalai Lama in einem Interview kurz nach der Unterzeichnung, die indische Position sei bekannt und akzeptiert. Er sehe keinen Grund für eine Bedrohung der Freiheit seiner Exilregierung. Spätere Stellungnahmen übernahm der „Premierminister“ der Exilregierung, Samdhong Rinpoche, da sich das religiöse Oberhaupt auf einer Pilgerfahrt in Ladakh befindet. Dieser wiederholte die beschwichtigende Erklärung, dass in Beijing nichts Neues passiert sei, kritisierte aber die Nachrichtenagentur Xinhua für ihre Verbreitung falscher Nachrichten. Zehn Stunden soll die chinesische Fehlinterpretation im Umlauf gewesen sein und für Aufregung gesorgt haben bis die authentischen Kopien der Erklärung zugänglich wurden. Verstärkt wurde die Verunsicherung in der Exilgemeinde durch die erstmalige Auslieferung tibetischer Flüchtlinge an die chinesischen Behörden in Nepal im letzten Monat, die von internationalen Organisationen als gefährlicher Präzedenzfall bewertet worden war.

In einem Gespräch mit Rinpoche soll der Dalai Lama die Ergebnisse des indischen Staatsbesuchs in China generell begrüßt haben. Je besser die Beziehungen zwischen Indien und China seien, desto besser stünden auch die Chancen für eine Lösung für Ti-

bet. Seit 1979 verfolgt der Dalai Lama einen Mittelweg gegenüber der chinesischen Regierung. Mittels eines friedlichen Dialogs versucht er für Tibet eine echte Autonomie innerhalb des chinesischen Verfassungsrahmens zu erlangen. Zudem strebt er ein demokratisches System an, ähnlich dem in Hongkong oder Macau.

Trotz der Beschwichtigungen von offizieller Seite sollen nach Aussagen von Korrespondenten viele Tibeter in Indien erschrocken und empört auf die Gemeinsame Erklärung reagiert haben. Auch ein in der *Neuen Zürcher Zeitung* zitierter indischer Politologe sieht in der überschnellen chinesischen Jubelreaktion mehr als nur einen Trick. Bisher habe Indien Tibet als „autonome Region Chinas“ bezeichnet. Mit der Übernahme des offiziellen chinesischen Titels „Autonome Region Tibet“ sei nun der Autonomiebegriff verwässert und seine formelhafte Verwendung akzeptiert worden. Zudem bedeute die neue Wortwahl eine Anerkennung der chinesischen Grenzen der Region, die nur einen Teil des historischen Tibet umfassten. Damit sei folglich auch die gewaltsame Annexion tibetischer Siedlungsräume und ihre Eingliederung in die angrenzenden chinesischen Provinzen anerkannt worden.

Unabhängig davon, ob sich in der zukünftigen politischen Praxis Indiens gegenüber der tibetischen Exilregierung und ihrer Gemeinde tatsächlich etwas ändern wird, haben die kontroversen Formulierungen zur Tibet-Frage in der Gemeinsamen Erklärung bereits weite Kreise gezogen. Kürzlich soll der pakistanische Präsident Pervez Musharraf in einer Stellungnahme zum indisch-pakistanischen Konflikt gefordert haben, Indien solle doch gegenüber Pakistan die gleiche Flexibilität zeigen wie bei Tibet. (*The Telegraph*, Kolkata, 30.6.03, nach BBC PF, 1.7.03; NZZ, 4.7.03; PTI news agency, New Delhi, 10.7.03, nach BBC PF, 11.7.03) -emc-

4 China verfolgt Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt

In den letzten Monaten war die Volksrepublik China auch im Nahost-Konflikt zunehmend von ihrer vormals betont zurückhaltenden außenpoliti-

schen Position abgerückt. Die Ernennung eines Sonderbotschafters für die Region Ende letzten Jahres untermauerte ihre Versuche, sich neben den USA, Russland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen („Nahost-Quartett“) als aktiver Vermittler im Nahen Osten zu profilieren. Nachdem kürzlich bereits der Sonderbeauftragte des israelischen Außenministers Oren Shachor in China war, wurden mit dem Besuch des palästinensischen Außenministers Nabil Sha'th im Juli auch die traditionell guten Beziehungen zur palästinensischen Seite aufgefrischt.

Sha'th traf am 10. Juli mit seinem chinesischen Amtskollegen Li Zhaoxing in Beijing zusammen. Dieser versicherte ihm, dass China nach wie vor die palästinensische Bevölkerung bei ihrer „gerechten Sache der Wiedererlangung ihrer legitimen nationalen Rechte“ unterstütze. Gleichzeitig betonte er die Zusammenarbeit Chinas mit der Internationalen Gemeinschaft bei der Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Sha'th versicherte im Gegenzug, dass die palästinensische Seite hart an einer Beendigung der Konfrontationen mit Israel und der Implementierung der vom „Nahost-Quartett“ vorgelegten „road map“ arbeite. Am nächsten Tag traf der Außenminister mit dem Stellvertretenden Präsidenten Chinas, Zeng Qinghong, zusammen. Auch dieser hob die bedeutende Rolle Chinas für den Friedensprozess hervor.

Die chinesischen Medien berichteten fast ausschließlich von der Vermittlerrolle Chinas in den Gesprächen mit den israelischen und palästinensischen Vertretern. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums betonte zudem, beide Seiten wünschten, dass China eine größere Rolle bei Nahost-Themen spiele. Die palästinensische Seite zeigte sich vor allem an der Unterzeichnung weiterer Wirtschafts- und Handelsabkommen interessiert. Vor seiner Reise hatte Außenminister Sha'th angekündigt, dass China sich neben dem Wiederaufbau des Gaza-Flughafens auch bereit erklärt habe, das Industriegebiet in Gaza zu renovieren und fertig zu stellen. Mittel- bis langfristig solle dort ein wichtiges chinesisches Industriegebiet im Mittelmeerraum entstehen. (*Voice of Palestine*, Ramallah, 7.7.03, nach BBC PF,

9.7.03; Xinhua, 10.7.03, nach BBC PF, 11.7.03; Xinhua, 11.7.03, nach BBC PF, 12.7.03; XNA, 11.7.03) -emc-

5 Beziehungen zu Pakistan weiter freundschaftlich

Die Annäherung zwischen Indien und China im letzten Monat (vgl. C.a., 2003/06, Ü 1) scheint die seit der Zeit des Kalten Krieges besonders engen Beziehungen zwischen Pakistan und China nicht getrübt zu haben. Dies sollte offenbar der pakistanische Besuch in China im Juli untermauern.

Im März diesen Jahres war bereits der pakistanische Ministerpräsident zu Gast gewesen. In Anbetracht der verbesserten Beziehungen Pakistans zu den USA im Zuge der Bekämpfung der Taliban und des Al-Qaida-Netzwerks hatte er der neuen chinesischen Regierung versichert, dass die Freundschaft zur Volksrepublik China unabhängig von regionalen oder internationalen Entwicklungen nach wie vor ein Eckstein der Außenpolitik Pakistans sei. (Vgl. C.a., 2003/03, Ü 5). Mit dem historischen indisch-chinesischen Gipfeltreffen im Juni scheinen die bisherigen diplomatischen Strategien in der Region weiter zu verwischen. In diesem Zusammenhang mutet der Besuch des Stellvertretenden Stabschefs der pakistanischen Armee Muhammed Yusuf Khan in Beijing Mitte Juli wie eine Erinnerung an die langjährige und enge militärtechnische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern an. China ist weiterhin der wichtigste Lieferant Pakistans für Waffen und Verteidigungstechnologie. Allein aus diesem Grund dürfte die Regierung in Islamabad keinesfalls an einer noch so geringen Abschwächung der Beziehungen zu Beijing interessiert sein.

Bei seinen Zusammentreffen mit dem chinesischen Verteidigungsminister Cao Gangchuan und dem Stellvertretenden Präsidenten Zeng Qinghong rühmte Yusuf denn auch die traditionelle Freundschaft zwischen China und Pakistan. Die freundschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern sei ein wichtiger Faktor für Frieden und Stabilität in der Region. Auch könnten die Kooperationsgebiete noch ausgeweitet werden. Entsprechend versicherte Cao Gangchuan, dass die

nachbarschaftliche Freundschaft die Zeit überdauert habe, egal was in der nationalen oder internationalen Situation beider Länder passiert sei. Er fügte hinzu, dass China Pakistan immer als verlässlichen Freund betrachte.

Ähnliche Worte hatte auch der pakistanische Ministerpräsident Mir Zafarullah Khan Jamali Anfang Juli bei einer Ansprache auf einem pakistanischen Luftwaffenstützpunkt in Karachi gefunden. In Zusammenhang mit der Überholung eines in China hergestellten Triebwerks sagte er, die chinesisch-pakistanische Freundschaft sei dauerhaft und würde mit der Zeit weitere Stärkung erfahren. Die Zusammenarbeit mit China bei der Überholung von Triebwerken soll über dreißig Jahre zurückreichen.

Des Weiteren wurde im Juli durch den chinesischen Botschafter in Islamabad ein von China durch ein 27,5 Mio. Yuan teures zinsloses Darlehen subventioniertes technisches Trainingscenter übergeben. Nachdem auch der Grenzübergang am Khunjerab-Pass nach dem Abklingen von SARS Anfang des Monats wieder geöffnet wurde, scheinen die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn nach wie vor ungetrübt. (PTV World, Islamabad, 3.7.03, nach BBC EF, 4.7.03; XNA, 2.7., 15.7., 16.7.03) -emc-

6 Ein weiterer Bericht aus den USA zur Menschenrechtssituation in China

Zu dem jährlich im Frühjahr vorgestellten Bericht zur Lage der Menschenrechte des amerikanischen Außenministeriums ist in diesem Jahr ein weiterer Bericht aus den USA hinzugekommen, der die Empörung der chinesischen Regierung entfachte. Im Rahmen des US-Mittelzuweisungsgesetzes („Fiscal Year 2003 Foreign Relations Authorization Act“) hat das amerikanische Außenministerium in diesem Jahr zum ersten Mal den Kongress in einem umfassenden Bericht über das Handeln der Regierung in Bezug auf die Verbesserung der Menschenrechtssituation auf der Welt unterrichtet. Der Ende Juni veröffentlichte Bericht trägt den Titel „Supporting Human Rights and Democracy: The U.S. Record 2002-2003“ und enthält eine Auflistung der Bemühungen der US-

Regierung zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie in 92 Ländern und Gebieten mit den, nach Ansicht des amerikanischen Außenministeriums, schlimmsten Menschenrechtsverletzungen.

Die chinesische Regierung hatte bereits mehrfach gegen das Mittelzuweisungsgesetz protestiert, da es jede Menge china-feindlicher Artikel enthalte. Bei seiner Unterzeichnung im September 2002 soll US-Präsident George W. Bush zugegeben haben, dass es tatsächlich unangemessene Artikel über China enthalte. Die Unterzeichnung würde aber nicht notwendigerweise die Akzeptanz oder Annahme dieser Ideen für seine Außenpolitik bedeuten. Nichtsdestotrotz erschien bereits im Mai im Rahmen des Gesetzes ein Präsidentenbericht über die „Tibet-Fragen“, der wie zu erwarten erneuten chinesischen Protest heraufbeschwor.

Obwohl der neue Menschenrechtsbericht im Vergleich zu dem im März veröffentlichten Bericht zur Lage der Menschenrechte (vgl. C.a., 2003/04, Ü 9) nichts Neues in Bezug auf China zu berichten hat, dürfte diese zusätzliche Zurechtweisung durch die USA die chinesische Regierung in besonderem Maße verärgern. Nicht nur, dass die VR China durch den Bericht in einen engeren Kreis von, aus Sicht der USA, Übeltätern in Sachen Menschenrechte vorgerückt ist – die Länderberichte kritisierten im Vergleich die Menschenrechtssituation in 196 Ländern –, auch dürfte die Schwerpunktsetzung auf die von der US-Regierung unternommenen Anstrengungen im Bericht eine besondere Schmach bedeuten, da solche von China grundsätzlich als Eingriffe in interne Angelegenheiten wahrgenommen werden. Konnte die chinesische Regierung mit ihrem seit einigen Jahren veröffentlichten eigenen Bericht zur Lage der Menschenrechte in den USA noch auf gleicher Ebene kontern, hat das bereits eingespielte politische Ritual nun einen machtpolitischen Zusatz erhalten, dem Beijing nichts entgegenzusetzen vermag.

Dem Stellvertretenden Vorsitzenden und Generalsekretär der Chinesischen Gesellschaft für Menschenrechtsstudien Dong Yunhu blieb nichts anderes übrig, als mit der üblichen Empörung

und Zurückweisung auf den neuen Bericht zu reagieren. In einem am 2. Juli veröffentlichten Artikel kritisierte er die US-Regierung, die sich ohne Beachtung der Fakten als Tutor aufspiele und unter dem Deckmantel der Menschenrechte Unilateralismus und Hegemonismus betreibe. Gleichzeitig lobte Dong die Fortschritte der chinesischen Regierung bei der Demokratisierung des politischen Systems und dem Schutz der Menschenrechte. Besonders in der mit diesem Jahrhundert begonnenen neuen Stufe der sozialen Entwicklung gehörten weitere Fortschritte in diesen Bereichen zu den wichtigen Zielsetzungen der Partei und der chinesischen Nation. (XNA, 2.7.03) -emc-

Innenpolitik

7 Rede Hu Jintaos zum 82. Gründungstag der KPCh legt Schwergewicht auf Theorie der „Dreifachen Repräsentation“

Anlässlich des 82. Gründungstags der Kommunistischen Partei Chinas hat Hu Jintao in seiner Funktion als Generalsekretär des ZK der KPCh am 1. Juni eine Ansprache vor mehr als 800 hochrangigen Parteikadern gehalten. Die Rede fand im Rahmen eines dreitägigen Symposiums über die Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ in Beijing statt und befasste sich vorrangig mit diesem programmatischen Konzept seines Vorgängers Jiang Zemin. Über die politische Reformagenda des neuen ZK-Generalsekretärs gab die Ansprache nur wenig preis.

Die Doktrin der „Dreifachen Repräsentation“, die als parteiideologisches Vermächtnis des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission und ehemaligen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin gilt, besagt, dass die KPCh die „Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“ repräsentiere. Das Konzept wurde auf dem XVI. Parteitag im Spätherbst letzten Jahres im Parteista-